



Kiel, 08.11.2017

PRESSEERKLÄRUNG: LUFTNUMMER AIRPARK HOLTENAU

„Wünsch‘ Dir was!“ – das wäre für Lydia Rudow vom Bündnis „Wir machen Stadt“ die passende Überschrift für eine Beschlussvorlage der Kieler Stadtverwaltung, die am Mittwoch, 8. November 2017, im Hauptausschuss unter dem Betreff „Vermarktungsstrategie für den Airpark Kiel-Holtenau“ beraten wird. Das Bündnis „Wir machen Stadt“ setzt sich für ein Bürgerbegehren ein, damit Kiels Bevölkerung über die Zukunft des Verkehrslandeplatzes in Holtenau entscheiden kann.

Für Lydia Rudow hat der Verkehrslandeplatz Holtenau spätestens seit 2006, als die völlig richtige Entscheidung gegen den Ausbau der Landebahn fiel, seinen Rest an Marktpotenzial eingebüßt. Ohne Linienverkehr bleibt der Landeplatz – rein wirtschaftlich betrachtet – ein Spielplatz für Privatflieger. Und es ist Unternehmen durchaus zuzumuten, dass die Mitarbeiterschaft von Hamburg aus fliegt“, stellt die Sprecherin des Bündnisses „Wir machen Stadt“ klar.

„Grenzwertig“ findet Lydia Rudow die luftigen Aussagen zur wirtschaftlichen Bedeutung und zu den Potenzialen des Verkehrslandeplatzes: „Der Flugplatz hatte mehr als zehn Jahre Zeit, seine angeblichen Vorzüge auszuspielen. Doch dort hat sich im Schatten Hamburgs nichts entwickelt, was den Wirtschaftsstandort voran bringt.“ Daran änderten auch die Zahlen aus der Vorlage nichts. Wer 15.00 Starts und Landungen anführe, müsse auch differenzieren, zu welchem Zweck, diese Flugbewegungen stattgefunden haben.

Mehr als widersprüchlich ist aus Sicht des Bündnisses die Argumentation, auf dem Gelände könnten sieben Hektar Gewerbefläche und in unmittelbarer Nachbarschaft 200 Wohneinheiten entstehen: „Ohne den Verkehrslandeplatz kann es 1800 Wohneinheiten und 40 Hektar Gewerbe mit etwa 2600 neuen Arbeitsplätzen geben. Und diese Zahlen stammen aus einem Gutachten, das die Stadt beauftragt hat“, sagt Andreas Meyer (Attac) vom Bündnis „Wir machen Stadt“. Derzeit arbeiten dort knapp 80 Menschen.

„Es ist gut und richtig, die Diskussion über die Zukunft dieser etwa 100 Hektar großen Fläche zu führen“, so Andreas Meyer weiter. „Doch CDU, SPD und FDP scheuen die öffentliche Auseinandersetzung und haben einen Bürgerentscheid abgelehnt. Wer den Verkehrslandeplatz für möglichst viele Menschen und für die einmalige Chance für Kiels Standortentwicklung nutzen möchte, der sorgt für seine Schließung – deshalb sammeln wir zur Zeit Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Die Landeshauptstadt braucht einen mischgenutzten Stadtteil wesentlich dringender als einen Landeplatz für Sport- und Privatflieger.“